

An die
bayerischen Abgeordneten im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Zusätzliche Bürokratie zulasten der Patientinnen und Patienten verhindern

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,
die Regierungsfraktionen haben kürzlich einen fachfremden Änderungsantrag zum
Medizinforschungsgesetz eingebracht, der Fachärztinnen und -ärzte in den Krankenhäusern
künftig verpflichtet, ihre in den einzelnen Leistungsgruppen aufgewandte Arbeitszeit
minutiös zu dokumentieren und quartalsweise darüber zu berichten. Ärztinnen und Ärzte
müssten ihre Zeitangaben künftig prüfsicher festhalten, damit diese in jedem Quartal dem
Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK) gemeldet werden können. In der
Konsequenz käme zu den bereits heute umfangreichen Bürokratielasten eine erhebliche
Belastung für das medizinische Personal in den Kliniken hinzu.

Zu unserem Bedauern und Unverständnis müssen wir feststellen, dass viele
Gesetzesänderungen aus dem Bundesgesundheitsministerium (BMG) mit einem enormen
Bürokratieaufwuchs in den Krankenhäusern verbunden sind. Dadurch geht wertvolle Zeit für
die ärztliche und pflegerische Versorgung der Patientinnen und Patienten verloren. Zudem
steigt angesichts des Fachkräftemangels das Risiko für Personalengpässe.

Wir, die Bayerische Landesärztekammer sowie die Bayerische Krankenhausgesellschaft,
appellieren daher an Sie, auf zusätzliche Bürokratielasten zu verzichten und den
vorliegenden Änderungsantrag abzulehnen. Konkret bedeuten die vorgesehenen
Änderungen, dass beispielsweise für eine Orthopädin oder einen Orthopäden, die oder der
bisher der orthopädischen Abteilung zugeordnet ist, die tägliche Arbeitszeit minutengenau
mit Verweis dokumentiert werden muss. Auf dieser Basis kann dann eine prüfgenaue
Zuordnung zu den einzelnen Leistungsgruppen erfolgen. Nicht anders stellen sich die
bürokratischen Anforderungen unter anderem in der Kardiologie, der Viszeralchirurgie und
der Neurologie dar.

Damit sind rund drei Viertel der in den Krankenhäusern stationär behandelten Fälle direkt
von diesem massiven Bürokratieschub betroffen. Es ist aus unserer Sicht nicht
nachvollziehbar und hochgradig irritierend, dass die vor-genannten Anforderungen plötzlich
vonseiten des BMG ohne inhaltlichen Kontext erhoben werden, obwohl sie bereits im
Rahmen des Krankenhaustransparenzgesetzes als praxisfern und übertrieben verworfen
worden sind.

Bitte lassen Sie als Abgeordnete nicht zu, dass durch noch mehr Bürokratie die Qualität der
Patientenversorgung leidet und das medizinische Personal demotiviert wird. Schon jetzt
müssen viele Ärztinnen und Ärzte drei bis vier Stunden am Tag für Dokumentationspflichten
und Bürokratie aufwenden.

Wir hoffen auf Ihre Unterstützung und stehen gerne zum Austausch bereit.